

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, weist die "Sparpläne" der Union zurück.

Seite 1/2

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD-Saar und Mitglied des SPD-Vorstandes, begründet die Ablehnung des militärischen Teils des NATO-Beschlusses durch den saarländischen SPD-Vorstand.

Seite 3-5

Dr. Rolf Böhme MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, legt wohnungspolitische Thesen zum Freiburger Mieter-tag vor.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 182

24. September 1981

Auf dem Rücken der kleinen Leute

"Sparpläne" der Union würden acht Milliarden mehr Kredite bedeuten

Von Heinz Westphal MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises öffentliche Finanzwirtschaft
der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Finanzausschuß des Bundesrates haben die Entschließungstexte, die Ankündigung von Forderungen, die eigenen Anträge und die Einwände der CDU/CSU-regierten Länder zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung, die den Haushaltsentwurf 1982 begleiten, vorgelegen. Nun kann man die Bestätigung für unsere Behauptung ablesen, daß die Union ihre Sparvorschläge mit aller Eindeutigkeit auf dem Rücken der kleinen Leute ablädt: Senkung des Arbeitslosengeldes, kräftige Absenkung der künftigen Rentenansprüche für Zeiten der Arbeitslosigkeit, Einbeziehung der Rentner in die Sparaktion, Leistungskürzungen bei Sozialhilfeempfängern, erhebliche Minderung der Ausbildungsförderung für den Besuch weiterführender Schulen und gänzliche Abschaffung der Unterhaltsvorschußkassen für allein-stehende Mütter, deren Kindesvater seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Es fehlt daneben jeglicher Antrag, jegliche Absicht, durch Abbau steuerlicher Subventionen auch die Bezieher großer Einkommen in die Sparaktion einzubeziehen; im Gegenteil: Zahlreiche Streichungen oder Kürzungen von Subventionen, die in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung enthalten sind, möchte die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates rückgängig machen.

Doch man findet nicht nur diese Bestätigung einer unsozialen Politik, man kann nun auch rechnen, welche tatsächlichen "Sparwirkungen" die von Stoltenberg vorbereiteten Pläne haben.



Da sind zunächst die zusätzlichen Anträge auf Ausgabenkürzungen, der größte Brocken davon sind Leistungskürzungen der Sozialhilfe mit fast zehn Prozent ihres heute geschätzten Ausgabevolumens. 760 Millionen Mark sollen bei Gemeinden und Ländern in diesem Bereich gestrichen werden. Die Senkung der Anwärterbezüge bei angehenden Beamten führt zu 300 Millionen Mark Einsparungen bei Ländern und Gemeinden. Die drastische Einschränkung des Schüler-BAföG wird auf 1150 Millionen Mark bei Bund und Ländern im Verhältnis zwei Drittel auf ein Drittel geschätzt. All diese Anträge würden 1982 insgesamt bei Ländern und Gemeinden Einsparungen von fast 1,5 Milliarden Mark erbringen, beim Bund etwa 770 Millionen Mark.

Doch dem steht die zweite Gruppe von Änderungsanträgen an den Regierungsvorlagen gegenüber. Da werden nicht etwa weitergehende Kürzungsvorschläge gemacht, nein, ganz und gar nicht: Auf der Ausgabenseite und auf der (steuerlichen) Einnahmeseite sollen von den Sparabsichten des Bundes nicht weniger als 7,877 Milliarden Mark, also fast die Hälfte der Gesamtsumme der "Operation'82" (16 Milliarden Mark) rückgängig gemacht werden, und da sind die im ersten Abschnitt genannten Mehr-Einsparungen von 770 Millionen Mark schon saldiert. Vollzieht man die gleiche Rechnung für die Wirkungen der CDU/CSU-Absichten bei Ländern und Gemeinden, bleibt ein (positiver) Sparsaldo von 888 Millionen Mark im Jahre 1982, der bis 1985 auf minus 175 Millionen Mark in den Keller sinkt.

Es gibt noch einen weiteren Abschnitt von Unions-Absichten. Das sind Forderungen an den Bund zwecks künftiger Gesetzgebung. Dazu gehören die Änderung der Bemessungsgrundlage beim Arbeitslosengeld, die umgehende Einführung eines echt belastenden Rentnerkrankenkassenbeitrages, die Rücknahme von Reformgesetzen und - der größte Brocken - die künftige Bemessung der Sozialversicherungszahlungen für Arbeitslose an die Rentenversicherung auf der Basis des Arbeitslosengeldes und nicht mehr nach der Höhe des letzten durchschnittlichen Bruttoeinkommens. Diese Sparaktion auf dem Rücken der Arbeitslosen, die zur deutlichen Minderung von deren Rentenansprüchen führt, soll vier Milliarden Mark Ausgabenminderung einbringen. Selbst, wenn man diese insgesamt beim Bund etwa 4,4 Milliarden DM, bei Ländern und Gemeinden 380 Millionen Mark "erbringenden" Kürzungsabsichten der CDU/CSU gegenrechnet (obwohl es sich dabei um Luftbuchungen handeln würde), bliebe der Saldo aller "Spar"-Absichten der Stoltenberg-Truppe immer noch bei minus 3,486 Milliarden Mark gegenüber den Regierungsvorlagen beim Bund 1982. Der Saldo für Länder und Gemeinden würde sich um 1,268 Milliarden Mark verbessern, also nicht einmal die Hälfte dessen betragen, was die Regierungsentwürfe den Ländern und Gemeinden bereits erbringen (etwas über drei Milliarden Mark in 1982).

Würde das angenommen, was am Freitag von den "Sparstrategen" der Union im Plenum des Bundesrates vorgetragen und mit ihrer dortigen Mehrheit abgestimmt wird, dann müßte der Bundesfinanzminister für 1982 etwa acht Milliarden Mark mehr Kredite aufnehmen, um den Bundeshauhalt auszugleichen. Man fragt sich wirklich, wie es einigen Kommentatoren noch gelingt, die Haltung der Opposition als "konstruktiv" darzustellen.
(-/24.9.1981/bgy/hgs)

+ + +



Waffen sind das Rauschgift der Ängstlichen

Warum die NATO-Entscheidung vom Dezember 79 dem SPD-Parteitagbeschuß widerspricht

Von Oskar Lafontaine

Vorsitzender der SPD-Saar, Mitglied des SPD-Vorstandes.

Der Landesvorstand der SPD Saar hat sich in einem Leitantrag für den Landesparteitag am 7. und 8. November in Saarbrücken gegen den militärischen Teil des NATO-Beschlusses und für eine Bestätigung des Berliner Parteitagbeschlusses ausgesprochen. Gleichzeitig wird die Sowjetunion aufgefordert, ihre auf Europa gerichteten SS-20-Raketen abzubauen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges lebt die Menschheit mit der Gefahr der atomaren Bewaffnung. Die Zahl der Atombomben ist mittlerweile auf über 50.000 angewachsen. Das ist weit mehr als eine Million mal Hiroshima. Seit 1945 haben mindestens 6.000 offizielle Besprechungen über Abrüstung stattgefunden. Erreicht wurde so gut wie nichts.

Da die Politik nach dem Zweiten Weltkrieg es nicht verhindert hat, daß die atomare Bedrohung immer weiter angewachsen ist, brauchen wir eine andere Politik. Sie besteht darin, nicht nur über Frieden und Abrüstung zu reden, sondern konkrete Schritte zu unternehmen. Ein konkreter Schritt ist es, die zur Zeit in der Welt vorhandenen gefährlichsten, destabilisten Kernwaffenträger - Pershing II und Cruise Missile - nicht zu installieren.

Da es sich als unmöglich erwiesen hat, durch mehrseitige Vereinbarungen zu solchen Schritten zu kommen, müssen sie einseitig unternommen werden.

Zivilschutz

Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes. (Godesberger Programm).

Man kann die Freiheit der Menschen nur dann verteidigen, wenn die Menschen nach der Verteidigung noch leben. In der Diskussion um die sogenannte Nachrüstung ist vom Zivilschutz so gut wie nicht die Rede. Da in der Bundesrepublik 6.000 atomare Sprengsätze gelagert werden, ist unser Land das atomar verseuchteste Gebiet der Welt. Mit einigen Einschränkungen kann ähnliches für die DDR gesagt werden.

Im letzten Wahlprogramm der französischen Sozialisten steht: "Deutschland wird mehr und mehr zum atomaren Schlachtfeld der beiden Großmächte". Diese in dem Wahlprogramm der französischen Sozialisten getroffene Feststellung müßte jeden verantwortlichen Politiker dazu veranlassen, einer zunehmenden Gefährdung der Sicherheit unserer Bevölkerung entgegenzutreten. Das heißt, im Zeitalter der Counter Force-Strategie (Strategie gegen militärische Ziele) bedeutet die Stationierung des destabilisten Kernwaffenträger der Welt, der Pershing II und der Cruise Missiles, eine nicht zu verantwortende Gefährdung der Zivilbevölkerung.

Der Feststellung Helmut Schmidts, "landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht", ist nichts hinzuzufügen.

Als der Bundeskanzler 1961 sich gegen landgestützte Raketen aussprach, hatten wir kaum Kernkraftwerke. Zwei bis drei Bomben auf laufende Kernkraftreaktoren genügen, um Deutschland unbewohnbar zu machen.



Nachrüstung

Bei den Versuchen zu ermitteln, welche Weltmacht der anderen im zahlenmäßigen Bereich überlegen ist, werden oft Raketen, Schiffe oder Flugzeuge gezählt. Diese Zählweise verliert immer mehr ihre Berechtigung in einem Zeitalter, in dem die Amerikaner es geschafft haben, die atomaren Sprengköpfe zu selbstfliegenden Flugkörpern zu entwickeln. Schon Kissinger sagte: "Nicht Schiffe, nicht Flugzeuge, nicht Raketen töten, sondern Sprengköpfe, die ihr Ziel erreichen." Daher ist die entscheidende Zahl die Zahl der Sprengköpfe. Diese betrug im strategischen Bereich 1980: USA: 9.200; Sowjetunion: 6.000.

Waffentechnologie

In einer technologisch hochentwickelten Welt taugen Zahlenvergleiche zur Beurteilung der Situation oft wenig. Eine größere Bedeutung hat die technische Qualität der Waffensysteme. Technische Erfindungen bestimmen im wesentlichen den Rüstungswettlauf in Ost und West, weil sie die andere Seite zwingen, "nachzurüsten", das heißt zu versuchen, Waffen ähnlicher technischer Qualität zu entwickeln. Eingefleischte "Nachrüstungsbefürworter" verblüfft man immer wieder mit folgender Tabelle:

Waffensysteme	Jahr der Einführung	
	USA	UdSSR
Atombombe	1946	1950
Wasserstoffbombe	1953	1954
Langstreckenbomber	1953	1957
Mittelstreckenraketen (MRBM)	1953	1959
Taktische Nuklearwaffen	1955	1956
Interkontinentalraketen (ICBM)	1955	1957
Atom-U-Boote	1956	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959	1968
Anti-Raketen-Raketen (ABM)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1972
Raketen mit mehrfachen, einzeln programmierbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1975
Neutronenbombe	1981	--
Marschflugkörper, neue Generation (Cruise Missile)	1983	--
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	--
Mehrfachzielpunktsystem (MAP)	1986	--

Rüstungswahnsinn

Trotz aller Appelle und Friedensbekenntnisse dauert der Wahnsinn des Rüstungswettlaufs an. Jeder rationale Erklärungsversuch muß scheitern. Das Anhäufen von immer mehr Atomwaffen in der Welt bedeutet nicht mehr Sicherheit, sondern jede neue Bombe bedeutet weniger Sicherheit für die Menschen. Die Idee, immer mehr Waffen würden mehr Sicherheit bedeuten ist eine Psychose. Die Waffen sind das Rauschgift der Ängstlichen. Ein Ausweg aus dieser Psychose wären konkrete Schritte, auch einseitige.

"Ich möchte nicht, daß auf meinem Grabstein geschrieben steht, 'er wußte, was in Hiroshima passierte, aber er tat nicht den ersten Schritt'." (Senator Everett Dirksen, Führer der Republikaner im amerikanischen Senat 1963).

Wenn die atomaren Waffen in der Welt auf die Hälfte zurückgeführt würden, würde keine Atom-Macht ihre Abschreckungsfähigkeit verlieren. Die Zahl der gestapelten Atomwaffen ist so hoch, daß unser Vorstellungsvermögen versagt, wenn wir uns klarmachen sollen, welche Vernichtungskraft wir angesiedelt haben. Nach dem atomaren Desaster würde die Menschheit keine Überlebenschance mehr haben.

Ein einziges Polaris U-Boot hat mehr Feuerkraft als all das, was im Zweiten Weltkrieg an klassischem Sprengstoff detoniert ist.



Die bisherigen SALT-Verhandlungen haben die Zahlen nicht begrenzt. Auch der von den USA nicht ratifizierte SALT-II-Vertrag erlaubt bis zu seinem Auslaufen Ende 1985 den Amerikanern im strategischen Bereich 13.100 Sprengköpfe und der Sowjetunion 8.750.

Bedrohung durch die Technik

Die bisherige Abschreckung beruhte darauf, daß jede Weltmacht sicher war, auch nach einem ersten Schlag der anderen Weltmacht unvorstellbaren Schaden zufügen zu können (gegenseitig gesicherte Abschreckung). Kurze Flugzeiten und hohe Treffgenauigkeit sind der Tod der gesicherten Abschreckung. Die Pershing II ist die Waffe mit der kürzesten Flugzeit und der höchsten Treffgenauigkeit. Die Cruise Missiles haben eine lange Flugzeit, aber eine hohe Treffgenauigkeit und sind von Radarschirmen nicht wahrzunehmen. Ihre Zahl ist auch durch das Auge der Satelliten nicht feststellbar.

Die Idee der SALT-Verhandlungen war es, einen großen technologischen Durchbruch einer Seite zu vermeiden. Solche, eine stabile Lage bewirkenden technologischen Durchbrüche sind:

- die Entwicklung einer verlässlichen Anti-Raketen-Waffe (in SALT-I verboten und jetzt vom amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger wieder angekündigt);
- die Einkreisung einer Großmacht mit Raketen hoher Treffgenauigkeit und kurzer Flugzeit (das Kuba-Arrangement war ein Versuch, eine solche Entwicklung im Hinblick auf die kurzen Flugzeiten zu vermeiden);
- die Installierung von Flugkörpern, die der Radarschirm nicht sieht; gegen die der "Gegner" keine Abwehrmöglichkeit entwickelt hat und die die Aufklärungssatelliten nicht zählen können (Cruise Missile).

Daher steht im bis zum 31. Dezember 1981 geltenden Protokoll, das Bestandteil des SALT-II-Vertrages ist:

"Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine nuklearen oder konventionellen landgestützten Cruise Missiles (GLCM) und seegestützten Cruise Missiles (SLCM) mit Reichweiten über 600 Kilometer zu dislozieren. Sie verpflichten sich, keine derartigen Cruise Missiles mit MIRV zu testen."

Nach einer Meldung der "Washington Post" wollen die Vereinigten Staaten bis 1989 6.505 Cruise Missiles - 3.416 luftgestützt, 2.527 seegestützt und 650 landgestützt - installieren.

Der militärische Teil des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses und SALT-II sind daher miteinander unvereinbar.

Der Bundestag der SPD forderte in Berlin die Ratifizierung von SALT II. Damit sprach er sich gegen die Stationierung landgestützter Cruise Missiles aus.

Die NATO-Entscheidung vom 12. Dezember 1979 in Brüssel widerspricht damit dem Beschluß des SPD-Parteitag in Berlin. Dieser Parteitag beschloß ebenso, daß destabilisierende Elemente der Rüstung abgebaut werden müssen und daß die ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden nicht in Frage kommt. Die Pershing II ist aufgrund ihrer technologischen Eigenschaften (Treffgenauigkeit, kurze Flugzeit, keine Vorwarnzeit) die destabilisierende nukleare Mittelstreckenwaffe in der Welt. Diese nukleare Mittelstreckenwaffe soll ausschließlich auf deutschem Boden stationiert werden. Die Stationierung der Pershing II auf deutschem Boden widerspricht dem Berliner Parteitagbeschuß der SPD.



Thesen zum Mietertag am 25. September 1981 in Freiburg

Von Dr. Rolf Böhme MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

1. Die Schaffung eines ausreichenden und bedarfsgerechten Angebots von Wohnungen steht im Vordergrund der wohnungspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung. Eines der wichtigsten Ziele war es, der Neubautätigkeit vor allem auch auf dem Mietwohnungssektor in den Ballungsgebieten neue Impulse zu geben. Der Wohnungsbau ist der umfangreichste Sektor der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit. Eine Belebung in diesem Bereich ist ein wirksamer Anstoß für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

2. In den Großstädten gibt es erhebliche Wohnungsprobleme, vor allem für junge Ehepaare, kinderreiche Familien, ausländische Arbeitnehmer, Behinderte, auch Alleinstehende. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, muß der soziale Wohnungsbau, insbesondere in Ballungsgebieten, auch weiterhin eine öffentliche Aufgabe bleiben.

Wohnungs- und Städtebau ist nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes eine Aufgabe der Länder. Der Bund gibt dafür Finanzhilfen nach Art. 104 Abs. 4 Grundgesetz. Auf diese Kompetenzabgrenzung hat insbesondere Baden-Württemberg hingewiesen und gefordert, daß sich der Bund aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzieht. Dies ist nicht geschehen.

Es ist aber darauf hinzuweisen, daß der Bund durch bundesweite Programm die unterschiedliche lokale und regionale Nachfrage nach Wohnungen nur begrenzt erfüllen kann. Eine "Feinsteuerung" muß durch Länder und Gemeinden erfolgen. Aus diesem Grunde ist auch vorgesehen, daß die sogenannte Fehlbelegungsabgabe ausschließlich den Ländern und Gemeinden zufließt, um deren Finanzierungsmöglichkeiten im sozialen Wohnungsbau zu verbessern.

3. Hemmnisse im Wohnungsbau sind die gestiegenen Kredit-, Bau- und Bodenkosten. Vor allem die hohen Zinsen treiben die Kostenmiete auf bis zu 25 DM pro Quadratmeter. Eine Verminderung der hohen Zinsen von heute auf zum Beispiel rund sechs Prozent (wie im Jahre 1978) könnten zu einer erheblichen Reduzierung der Kostenmiete führen.

Es ist deshalb besonders für den Wohnungsbau wichtig, daß die Zinsen niedriger werden. Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt 1982 sollen dazu einen wesentlichen Beitrag liefern. Die Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme des Bundes und die erkennbare Verbesserung der Leistungsbilanz können die Voraussetzungen schaffen, daß die Bundesbank von ihrer Hochzinspolitik abkehrt.

4. Außerdem hat die Bundesregierung durch die Haushaltsbeschlüsse vom 3. September unmittelbare Anreize für den Bau aller Gebäude geschaffen. Die Höchstsätze der degressiven Abschreibung sollen für die ersten acht Jahre von bisher jeweils 3,5 Prozent auf fünf Prozent erhöht werden. Die Neuregelung bedeutet, daß die Bauherren nunmehr in den ersten Jahren insgesamt rund 43 Prozent mehr Abschreibungen vornehmen können als bisher.

Dadurch sollen Anlagen im Wohnungsbau, vor allem im Mietwohnungsbau, attraktiver gemacht werden, damit mehr Geld und Ersparnisse in den Wohnungsbau fließen.

Auch die besonderen Abschreibungsmöglichkeiten des § 7 b Einkommensteuergesetz werden verbessert. Die Abschreibungshöchstbeträge sollen um 50.000 DM angehoben werden. Für Bauherren mit zwei und mehr Kindern, die den § 7 b in Anspruch nehmen, ist darüber hinaus eine weitere Steuerentlastung von jährlich 600 DM je Kind durch Abzug von der Steuerschuld vorgesehen. Auch diese Regelung trägt dazu bei, die Voraussetzungen für den Eigenheimbau zu verbessern, die Bautätigkeit anzuregen und damit das Wohnraumangebot zu erweitern.

5. Diese verbesserten Abschreibungsbedingungen werden teilweise finanziert mit den Steuer Mehreinnahmen durch Streichung der Umsatzsteueroption beim Bauherrenmodell. Das bisherige Bauherrenmodell hat zu einer ungleichmäßigen Umsatzsteuerbelastung im Wohnungsbau geführt. Nur ein bestimmter Kreis von Bauherren kann diese Vorteile nutzen, welche mit erheblichen Steuerausfällen für die Staatskasse verbunden sind und im allgemeinen auf der Grundlage von Finanzierungsstrukturen durchgeführt werden, welche die Kosten durch eine Fülle von Verträgen über zusätzliche Dienstleistungen aufblähen und damit das Bauen insgesamt verteuern. Die hohen Steuerausfälle, die damit verbunden waren, sind besser eingesetzt, wenn sie dem allgemeinen Mietwohnungsbau zugute kommen und eine gleichwertige baukonjunkturelle Wirkung entfalten.

6. Mit der Förderung des Neubaus von Wohnungen ist eine Sicherung des Wohnungsbestandes zu verbinden. Die Politik zur Bestandserhaltung muß erhaltenswerte Bausubstanz schonen und darf nicht zu Luxusmodernisierungen führen, welche Mieter vertreiben und gewachsene Sozialstrukturen zerstören. Deshalb sind steuerliche Überförderungen abzubauen. Aus diesem Grunde sollen die Abschreibungsvorschriften für Modernisierungen nach § 82 a EStDV am 30. Juni 1983 auslaufen und die besonderen Steuervergünstigungen für "unechte" Zweifamilienhäuser beseitigt werden. Auch die Abschaffung der Umsatzsteueroption beim Bauherrenmodell hilft, weitere Fehlentwicklungen zu verhindern, weil die Bauherrenmodelle somit mehr und mehr in den Althausbereich vordringen.

Eine besondere Bedeutung für die Bestandspolitik hat auch die Modernisierung von Wohnungen durch Mieter (Mietermodernisierung). Deshalb hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um die Mietermodernisierung zu fördern und rechtlich abzusichern. Bausparmittel sollen künftig prämiens- und steuerunschädlich durch Mieter zur Modernisierung ihrer Wohnung eingesetzt werden können.

Bei der Erhaltung und Pflege des Bestandes im Sinne einer sozialen Erneuerungspolitik sind städtebauliche und wohnungspolitische Zielsetzungen aufeinander abzustimmen. Dies gilt auch für Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der Wohnumfeldverbesserungen.

7. Zusätzliche Voraussetzung einer sozialen Wohnungs- und Städtebaupolitik sind Maßnahmen in den Bereichen

- Bodenrecht
- Energieeinsparung
- Bauordnungsrecht.

Zur Vergrößerung des Baulandangebotes kann eine Neubewertung unbebauter Grundstücke beitragen, welche das Horten von Bauland zu Spekulationszwecken unattraktiv macht. Eine Neubewertung des Grundvermögens ist ohnehin in Vorbereitung und aus Verfassungsgründen geboten. Die unbebauten Grundstücke könnten bei dieser Neubewertung vorgezogen werden. Eine solche Maßnahme erbringt auch zusätzliche Einnahmen für die Gemeinden (Grundsteuer).

Der Ausbau von Fernwärmenetzen, wie er von der Bundesregierung jetzt durchgeführt wird, kann eine nachhaltige Energieeinsparung erreichen.

Im Bauordnungsrecht ist das Instrument des Zweckentfremdungsverbotens wirksamer einzusetzen. Um einer Umnutzung oder Vernichtung von Wohnraum aus spekulativen Gründen wirksamer als bisher zu begegnen, sind eine Verbesserung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Meldepflicht leerstehender Wohnungen und ein kommunales Belegungsrecht in den Fällen zu prüfen, in denen einer Umnutzung oder einem Abriß nicht zugestimmt werden kann.

8. Wohnungen sind kein Gut wie jedes andere. Sie können in unserem Lande nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben, wenn gleichzeitig hohe Kosten und eine Verknappung des Angebots Preise und Mieten treiben. Wir brauchen auch künftig einen Mieterschutz, der den Mietern unter sozialen Gesichtspunkten Sicherheit gewährleistet. Die Einführung der Staffelmiete gilt nur für den Neubau. Der Bestand ist dadurch nicht betroffen.

Grundlage eines gesunden Wohnungsmarktes muß in erster Linie ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot sein, das auch nicht durch Fehlbelegung, Bestandminderung oder Umwidmung geschmälert werden darf. (-/24.9.1981/bgy/ks/hgs)